

mittendrin

Ausgabe 01 | 2023 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



BÜRGERMEISTER UND SENATOR KLAUS LEDERER

Die Berliner LINKE macht den Unterschied!

Dass die Wahl zum Abgeordnetenhaus und zu den BVVen wiederholt werden muss, ist ganz sicher kein Ruhmesblatt für unsere Stadt. Nun ist es aber so – und selbstverständlich nehmen wir die Herausforderung an. Wir haben unsere Pläne und Vorhaben für fünf Jahre 2021 in den Koalitionsvertrag gegossen, davon ist erst ein Jahr um. Es gibt also noch jede Menge für uns zu tun; im Interesse der Stadt und im Interesse der Berliner*innen.

Seit sechs Jahren regiert die Berliner LINKE diese Stadt mit. Unsere Arbeit prägt viel von dem, was in Berlin erreicht wurde. Und ohne uns nicht erreicht wor-

den wäre – das gehört unbedingt zur Wahrheit dazu. Miteinander, Teilhabe und Solidarität – das sind die Leitgedanken unserer politischen Arbeit, auch mit Blick auf die kommenden Jahre.

Als Senatsmitglieder haben wir linken Senator*innen, Lena Kreck, Katja Kipping und ich, unseren Job anständig zu erledigen. Natürlich ist Wahlkampf – aber genauso klar sind die Krisen und das notwendige Lösen der Krisenfolgen, gerade für die Schwächsten in der Stadt. Dies duldet keinen Aufschub. Die beste Art für uns zu werben, ist, unsere Arbeit gut zu machen. Und wenn Genoss*innen dann

an den Info-Ständen darüber erzählen, gibt uns das zusätzlichen Rückenwind.

Mir ist daran gelegen, deutlich zu machen, was der spezifische Beitrag der Berliner LINKEN in diesem Rot-Grün-Roten Senat ist. Ohne uns im Senat wären ganz wesentliche Dinge hier nicht auf den Weg gebracht worden: Tariftreue, Landesmindestlohn, Streikrecht von Azubis gestärkt, soziale Aspekte des Entlastungspakets gesichert, Kultursommer, Sofort- und Anschubhilfen für Kulturakteur*innen, der Einsatz für die Entkriminalisierung des

➤ Fortsetzung auf Seite 2

➤ Fortsetzung von Seite 1

Fahrens ohne Fahrschein... Das sind alles Maßnahmen, die wir neben den drei großen Krisen gemeistert haben. Dazu kommen handfeste Beiträge zum solidarischen Miteinander in dieser Stadt: Beispielsweise das Netzwerk der Wärme, damit niemand im Winter gezwungen ist, zu frieren. Oder die Jugendkulturkarte, die jungen Menschen den Zugang zu den kulturellen Angeboten ermöglicht. Und ich bin mir ganz sicher, dass es ohne uns ein

Mietenmoratorium für die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften auch nicht geben würde. Der jüngst beschlossene Nachtragshaushalt hat ganz klar soziale Dimensionen, etwa die Fortsetzung des Sozialtickets für neun Euro auch ins nächste Jahr hinein. Die Fragen von Mieten, von der Stärkung der öffentlichen Infrastruktur und der Krankenhäuser – das alles waren und sind Themen, die immer wieder von uns auf die Tagesordnung gesetzt wurden und weiterhin gesetzt werden. Von wem denn sonst?! Der kurze und kna-

ckige Wahlkampf bietet uns die Chance, ganz deutlich herauszustreichen, wer den Unterschied zum Chaos der Ampelregierung im Bund mit ihrer Krisenpolitik für Bestverdienende ausmacht: Die Berliner LINKE macht den Unterschied! Denn für uns gilt: Wir kümmern uns um das Wesentliche, wir kümmern uns um den sozialen Zusammenhalt. Und wir schauen dabei aufs Ganze: Auf Berlin.

Klaus Lederer,
Bürgermeister von Berlin
sowie Senator für Kultur und Europa

Nur mit uns wird Berlin gerechter, sozialer und freier

- Landesmindestlohn auf 13 Euro erhöht
- Berliner Sozialticket 9 Euro
- Berliner Entlastungspaket mit dem Netzwerk der Wärme und dem Härtefallfonds Energieschulden
- Sichere Finanzierung von Housing First für wohnungslose Menschen
- Online-Tariftreuregister
- Tariftreue bei Vergabe öffentlicher Aufträge
- Eckpunkte für Ausbildungsplatzumlage
- Übernahme steigender Kosten für Heizung und Miete bei bedürftigen Menschen

Das war wirklich ein wilder Ritt, dieses letzte Jahr. Auch für mich als frische Senatorin ging es gleich in die Vollen. Im Februar überfiel die russische Armee die Ukraine und nur wenige Tage später war auch Berlin

mittendrin. Wir halfen zusammen mit sehr vielen in dieser Stadt all jenen, die vor Putins Bomben bei uns Schutz suchten.

Jetzt beginnt eine Zeit, in der wir alle näher zusammenrücken sollten. Viele Berliner*innen fürchten sich in diesem Winter vor Energiearmut, irrwitzig hohen Preisen fürs Heizen und Lebensmittel. Als Berliner Linke haben wir beim Berliner Entlastungspaket dafür gesorgt, dass gerade all die Menschen mit nur kleinem Geldbeutel nicht hinten runter fallen. Ich habe einen Härtefallfonds eingerichtet, der all denen hilft, damit bei Energieschulden niemand im Kalten sitzen muss. Mit dem „Netzwerk der Wärme“ schaffen wir überall Orte, wo Berlin zusammenrücken kann, wo eine Tasse Tee und Beratungen angeboten werden, wo Menschlichkeit und Wärme zu finden sind.

Als Sozialsenatorin habe ich noch sehr viel vor. Denn eins ist doch klar: Nur mit



uns, mit der Berliner LINKEN in der Landesregierung wird diese Stadt gerechter, sozialer und freier werden. Auf geht's!

Katja Kipping,
Senatorin für Integration,
Arbeit und Soziales

Zugang zum Recht stärken!

Seit einem Jahr bin ich Senatorin für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung und kann bilanzieren: Linke Justiz- und Antidiskriminierungspolitik hat in Berlin einen großen Gestaltungsspielraum, den wir als Linke weiter mit Leben füllen müssen.

Im Mittelpunkt steht für uns die Frage: „Wer hat Zugang zum Recht?“

In diesem Sinne haben wir der Justizpolitik eine deutlich linke Handschrift versehen:

Die schon lange geforderte Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein rückt in greifbare Nähe: Maßgeblich aufgrund meiner Beharrlichkeit fordert die Justizminister*innenkonferenz, den Straftatbestand im Zuge der angedachten Strafrechtsreform zu streichen. Hier ist weiterhin linker Druck gefragt, damit dieses Armutsdelikt wirklich

aus dem StGB verschwindet. Als Senatorin verantworte ich den drittgrößten Personalhaushalt der Berliner Verwaltung. Als Linke bedeutet das für mich ganz klar: Beschäftigungsbedingungen verbessern. Hier konnte ich für den Allgemeinen Vollzugsdienst eine Laufbahnperspektive für den gehobenen Dienst entwickeln.

Mit der sukzessiven Einführung des Hafttraummediensystems bekommen die Gefangenen einen – eingeschränkten – Zugang zum Internet – ein wichtiger Baustein für ihre Resozialisierung.

Die Ombudsstelle der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung habe ich personell sowie in ihrer Unabhängigkeit gestärkt. Ein wichtiger Beitrag, um den Schutz vor Diskriminierungen für die



Berliner*innen zu stärken. Das ist ein kleiner Ausschnitt meiner bisherigen Tätigkeit. Ich freue mich auf die nächsten vier Jahre!

Lena Kreck
Senatorin für Justiz, Vielfalt
und Antidiskriminierung

GERECHT. SOLIDARISCH. GEGEN DEN STRICH

Wir machen Berlin krisensicher

Es ist kalt in Deutschland und wir müssen zuschauen, wie die Bundesregierung unzählige Menschen in der Energiekrise allein lässt. Wir sehen eine Politik der Elitenbogensellschaft und der Bevorzugung von Reichen.

Wir machen es anders! Solidarität und Gerechtigkeit sind die Grundsätze der LINKEN, wir lassen niemanden zurück und sorgen vor.

Im vergangenen Jahr konnten wir einiges erreichen, um die soziale Gerechtigkeit in Berlin zu stärken. Ein wichtiges Krisenprojekt war der **milliardenschwere Härtefallfonds gegen Energiearmut**. Damit wollen wir Strom- und Gassperren, die durch die explodierenden Preise verur-

sacht werden, verhindern. Zudem haben wir einen **Mietenstopp und ein Kündigungsmoratorium** für unsere 340.000 kommunalen Wohnungen **erwirkt**. Auch an anderen Stellen haben wir uns für die **Verhinderung von Wohnungslosigkeit** eingesetzt und beispielsweise das erfolgreiche Programm „Housing First“ finanziell ausgestattet. Wir haben außerdem den **Landesmindestlohn auf 13 Euro erhöht**, um Armut zu vermeiden, und ein **9-Euro-Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr** eingeführt, das ab Januar 2023 angeboten wird. Zudem haben wir das **Netzwerk der Wärme** gegründet, das Orte für Austausch, Begegnung und Hilfe zur Selbsthilfe schafft, damit alle die



Krise besser bewältigen können. Wir haben noch viel vor. Wir wollen die öffentliche Infrastruktur stärken, damit sie auch in schwierigen Zeiten gut funktioniert und niemand durchs Raster fällt. Das schaffen wir nur gemeinsam, los geht's!

Anne Helm,

Co-Vorsitzende der Linksfraktion
im Berliner Abgeordnetenhaus

Berlin für alle! Wir holen weiter die Stadt zurück

Wir haben das Jahr genutzt, um unsere Stadt weiter so umzubauen, dass sie funktioniert. Und dass alle bleiben und gut leben können.

Am wichtigsten dabei: Wohnungen, die man sich leisten kann. Die Expertenkommission zur Vergesellschaftung der großen Wohnungsbestände hat ihre Arbeit aufgenommen und wird in diesem Jahr Ergebnisse vorlegen. Die Zwischenergebnisse stimmen hoffnungsvoll: Berlin kann Geschichte schreiben und 2023 ein Vergesellschaftungsgesetz beschließen. Es ist kein Naturgesetz, dass Wohnungen dem Profit dienen müssen – dafür stehen wir als LINKE gemeinsam mit mehr als einer Million Berliner*innen, die für den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ gestimmt haben. Mit

200 Millionen Euro kauft das Land Berlin Grundstücke zurück, um darauf preiswerten Wohnraum, Schulen und Sport- sowie Kultureinrichtungen zu bauen. Wir wollen zukünftig mit öffentlichem Geld nur noch dauerhaft preiswerten Wohnraum fördern und ein Sozialbauprogramm für eine Milliarde pro Jahr auflegen.

Wir haben die Krankenhäuser unserer Stadt gestärkt und die Investitionen auf 300 Millionen Euro pro Jahr seit 2016 verdreifacht. Wir unterstützen Vivantes und die Charité bei der Schaffung guter Arbeitsbedingungen.

Wir haben die Schulbauoffensive beschleunigt und deutlich mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr für Neubau und Sanierung zur Verfügung gestellt. Wir schaffen mehr Studienplätze für Lehrkräfte. Unsere



Stadt muss für alle lebenswert und bezahlbar bleiben!

Tobias Schulze,

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei
DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

Rechts- und Sozialberatung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!



Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.

sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin, Tel.: 030 28705751

Die nächsten Termine sind der **13.01., 27.01., 10.02., 24.02. jeweils von 16 bis 18 Uhr**

Die Direktkandidatinnen und -kandidaten

der Partei DIE LINKE. Berlin-Mitte für das Berliner Abgeordnetenhaus

Simon Gückel (Wahlkreis 5)

34, am Niederrhein aufgewachsen, Promotionsstudent für Quantenchemie an der Berliner TU

Die andauernden multiplen Krisen haben die Menschen zutiefst verunsichert. Im Weddinger Norden möchte ich mich um die Anliegen der Menschen vor Ort kümmern, die unter der Miet-, Energie- und Klimakrise leiden. Berlin braucht dabei Lösungen, die die soziale wie ökologische Frage zusammen denken.

5



Steve Rauhut (Wahlkreis 4)

50, gebürtiger Hamburger, Ingenieurstudium und Studium der Theologie, seit 2009 in Berlin, Gründer und Geschäftsführer des REFO (Reformationskirchen)-Campus in Moabit

Die Mieten & Heizkosten explodieren. Deswegen müssen wir das selbst in die Hand nehmen durch die Umsetzung des Mietenvolksentscheides und die Vergesellschaftung der Energiewirtschaft.

4



Anne Helm (Wahlkreis 3)

35, gebürtige Rostockerin, aufgewachsen in Neukölln, freiberufliche Synchronschauspielerin, Vorsitzende der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

Wir brauchen ein Berlin, in dem alle ihre Lebensentwürfe selbstbestimmt verfolgen können, frei von Existenzängsten und Unterdrückung. Nicht die Ärmsten sollen die Zeche für die Krisen bezahlen!

3



6



Stefan Böhme (Wahlkreis 6)

„Unsere Stadt braucht Leute, die aufräumen, für Gerechtigkeit sorgen, für bezahlbare Mieten kämpfen, die Benachteiligten und Armen tatkräftig unterstützen“. Das ist der Slogan von Stefan Böhme, Direktkandidat der DIE LINKE für das Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 6 in Gesundbrunnen und Wedding-Nordost. Der 1987 in Pankow geborene Entwicklungsingenieur und Produktmanager in der Solarindustrie lebt seit 13 Jahren im Wedding in enger Nachbarschaft mit Betroffenen der Inflation, der immensen Preissteigerungen, mit Existenzängsten, viele mit Migrationshintergrund. „2021 bin ich mit den Bewohnern rund um den Leopoldplatz bei fast 2000 Gesprächen an den Haustüren und Straßenständen ins Gespräch gekommen. Das setze ich jetzt, in dieser Zeit der Kälte, bei einem warmen Getränk fort, werde unsere linken Inhalte zu den Leuten tragen, sie für uns gewinnen.“ Ein wichtiges Gesprächsthema sollen auch die jüngsten Umtriebe der „Reichsbürger“ und anderer Neonazis sein. „Antifaschismus gehört zu den Grundpositionen unserer Partei“. Stefan Böhme nimmt für den Wahlkampf extra Urlaub, will diesmal seinen Platz im Berliner Parlament gewinnen, ihm fehlten nur wenige Prozent zum Gewinn des Direktmandates.

7



Tobias Schulze (Wahlkreis 7)

46, gelernter Buchhändler und Politikwissenschaftler, seit 2016 Mitglied des Abgeordnetenhauses, Sprecher für Gesundheit, Wissenschaft, Digitalisierung

Ohne Gesundheit ist alles nichts. Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen im Krankenhaus und mehr Zeit für Patientinnen und Patienten. Dafür kämpfe ich. Wie in den vergangenen Jahren will ich mich zudem um die Probleme der Menschen mit steigenden Mieten in Wedding und im Brunnenviertel kümmern.

1



Lien Grützmacher (Wahlkreis 1)

33, gebürtige Berlinerin, Architektin

Das Thema Wohnen und bezahlbare Mieten, das den meisten Berliner*innen unter den Nägeln brennt, steht für mich weiter im Mittelpunkt. Im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung will ich als junge Frau mit Migrationshintergrund viel bewegen, zum Beispiel Anlauf- und Beratungsstellen noch besser unterstützen und ausbauen.

2



Imke Elliesen-Kliefoth (Wahlkreis 2)

Nur rund 400 Stimmen fehlten Imke Elliesen-Kliefoth 2021 für einen Sitz im Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis 2 in Mitte. Die 51-jährige studierte Philosophin arbeitet seit 2018 im Berliner Stadtparlament als Referentin für Kultur- und Medienpolitik.

„Ich weiß vom vergangenen Wahlkampf, dass die Berliner*innen ein großes Bedürfnis nach direktem Kontakt mit Politiker*innen haben. Deswegen ist es mir ein Anliegen, vor Ort präsent zu sein und Menschen aktiv einzubeziehen“, betont sie. Um explodierenden Mieten, Folgen der Inflation und steigenden Energiepreisen etwas entgegenzusetzen zu können, brauche es eine starke LINKE. „Unsere Partei konnte bisher viel durchsetzen, u.a. kostenfreies Schulessen, das 9-Euro-Sozial- und das 29-Euro-Ticket im ÖPNV, den Landesmindestlohn von 13 Euro. Mieterhöhungen wird es in kommunalen Wohnungsunternehmen 2023 nicht geben. Ich werde als Abgeordnete für bezahlbare Mieten und gute Bildung kämpfen und mich – damit wir auch noch in 50 Jahren gut in Berlin leben können – für die Klimaziele und Mobilitätswende einsetzen. Gemeinsam müssen wir uns für soziale Standards stark machen, die die Schwachen auffangen und die Reichen mit einer Vermögenssteuer in die Pflicht nehmen.“

Sozial, gerecht für Sie im Rathaus

Meine Arbeit als Bezirksstadtrat für Jugend, Familie und Gesundheit ist unfassbar vielfältig. Von der Wiege bis zur Bahre bieten wir Unterstützung für die Bewohner*innen unseres Bezirks – vom Ersthausbesuch nach der Geburt bis zur ordnungsbehördlichen Bestattung ist alles dabei. In meinem ersten Jahr als Bezirksstadtrat habe ich mich für folgende Themen erfolgreich eingesetzt:

- Gründung eines Gesundheitsbeirats zur Förderung der Gesundheit jüngerer und älterer Menschen im Bezirk, u.a. zum Thema Einsamkeit und Bewegung im Alter
- Bezirklicher Beitrag zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut durch die Schaffung einer neuen Netzwerk- und Koordinationsstelle
- Das Gesundheitsamt Mitte legt den Fokus auf Menschen mit erschweremtem Zugang zum Gesundheitssystem, zum Beispiel nicht krankenversicherte, wohnungs- und obdachlose oder geflüchtete Menschen
- Stärkung der Sozialarbeit in Jugendfreizeiteinrichtungen sowie auf dem hinteren Leopoldplatz
- Finanzierung der aufsuchenden Arbeit in der Jugendberufshilfe, um durch gute Beziehungsarbeit jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu eröffnen
- Schaffung des Bewegungsprojekts „Fidelio“ für übergewichtige Kinder, das 2023 ausgeweitet wird
- Regelmäßige Kinder- und Jugendsprechstunde unter dem Motto „Quatsch mit Keller“, um Interessen und Wünsche junger Menschen an die Politik aus erster Hand zu erfahren
- Ehrung und Wertschätzung des zivilgesellschaftlichen Engagements junger Menschen im Bezirk, ob in der Schule, im Jugendklub, in der Politik oder in der Freizeit
- Kampf für eine Isolations-/Quarantäneeinrichtung für obdach- und wohnungslose Menschen mit medizinischem Hilfebedarf gemeinsam mit der linken Senatsverwaltung von Katja Kipping
- Erhebung des Trägerwohnraums in Mitte zur Unterstützung von Trägern bei der Unterbringung von Menschen mit

psychischen oder Suchterkrankungen
Kurzfristige Bereitstellung von Ressourcen zur gesundheitlichen Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine, inklusive Installation der ukrainischen Hilfe-Hotline

- Bereitstellung von dringend benötigten Unterrichtsräumen für Willkommensklassen in kommunalen Jugendfreizeiteinrichtungen
- Auftakt für den Bredow-Campus als Nachfolger für das Wolfgang-Scheunemann-Haus in Moabit
- Endlich eine Lösung für die Erreichbarkeit der neuen Kita in der Schmidstraße 10 im Heinrich-Heine-Viertel

Und was mir besonders viel bedeutet, sind die Begegnungen mit Menschen jeden Alters, ob bei der Berufung des Senior*innenbeirats, bei meinen Besuchen in den Kontakt- und Beratungsstellen, in den Suchthilfeeinrichtungen oder auf meiner Tour durch die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen. Von jeder Begegnung nehme ich Impulse für meine politische Arbeit mit, die ich bei einem guten Wahlergebnis für DIE LINKE unglaublich gern fortsetzen werde.

Viel Arbeit liegt noch vor mir und meinen Kolleg*innen. Ich kämpfe weiter dafür, dass die Entscheidungen im Bezirksamt sozial, diskriminierungsfrei und gerecht ausfallen. Konkret setze ich mich weiterhin u.a. für die Fortsetzung der flexiblen Kinderbetreuung für Alleinerziehende, für ein Drogenkonsum- und Beratungsmobil auf dem Leopoldplatz, für mehr inklusive Kitaplätze und den Erhalt der Wohnungen in der Habersaathstraße ein. Eine Stimme für DIE LINKE stärkt meine Position und bekräftigt unsere Haltung, dass die Stadt und der Bezirk ein Ort für alle Menschen ist.

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend,
Familie und Gesundheit



Stadtrat Christoph Keller



ist stets auf Achse



und im Gespräch.

So können Sie brieflich wählen

- Sie erhalten in den nächsten Tagen eine Wahlbenachrichtigung an Ihren Hauptwohnsitz geschickt. Auf der Rückseite ist ein Briefwahlantrag abgedruckt. Einfach ausfüllen und zurückschicken. Der Antrag kann auch formlos ohne die Wahlbenachrichtigung, aber mit denselben Angaben, gestellt werden.
- Die Wahlscheine werden danach rechtzeitig vor dem Wahltermin am 12. Februar 2023 an Sie zurückgeschickt. Wichtig ist, dass die Stimmzettel am Wahlsonntag spätestens um 18.00 Uhr im Bezirkswahlamt vorliegen.
- In der für Sie zuständigen Briefwahlstelle können Sie darüber hinaus direkt vor Ort brieflich wählen. Die Wahlunterlagen erhalten Sie dort, Sie müssen sie nicht vorher beantragen.

Mitte bleibt solidarisch

Mit zehn Verordneten sind wir die drittstärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte (BVV Mitte). Wir alle haben unsere eigenen Themen und Schwerpunkte, die wir mit viel Enthusiasmus in die BVV einbringen. Ehrenamtlich - wie alle BVV-Verordnete.

Mitte ist großstädtisch und kiezig, tolerant und widersprüchlich, vielfältig und offen. Einfach liebenswürdig. Und darum kämpfen wir auf kommunaler Ebene für die Stärkung der Infrastruktur in unserem Bezirk und natürlich:

Für eine Stadt für ALLE!



Wir haben seit der vergangenen Wahl in der BVV so einiges erreicht und noch viel mehr vor für die Zeit nach dem 12. Februar:

Soziale Unterstützung: Das Bezirksamt Mitte finanziert jetzt ein Notteléfono für Menschen in sozialen Notlagen. Auf unsere Initiative hin ist es auch an Freitagabenden und an Samstagen erreichbar, weil viele Dienstleister und Versorger zum Wochenende hin Verträge kündigen und Lieferungen einstellen. Dann muss schnell gehandelt werden.

Nach der Wahl: Wir wollen das Netzwerk der Wärme für Wohnungslose im Bezirk weiter ausbauen. Und die Mitarbeitenden von Karstadt am Leo müssen ihren Arbeitsplatz behalten. Dafür kämpfen wir.

Verkehrswende: Wir haben den Wunsch der Initiative „Nördliche Luisenstadt“ nach Kiezblocks und anderen Verkehrsberuhigungen in die BVV-Fraktion getragen. Mit Erfolg. Der Kiezblock rund um die Alte Jakobstraße, das Engelbecken sowie am Märkischen Ufer ist seit November beschlossene Sache. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat dafür gestimmt. Jetzt geht es an die Umsetzung.

Nach der Wahl: Was in der Luisenstadt klappt, klappt auch anderswo. Wir setzen uns weiterhin für viele neue verkehrsberuhigte Zonen ein - im Einvernehmen und im engen Austausch mit den Anwohnenden.

Rekommunalisierung: Der Plattenbau in der Habersaathstraße 40 bis 48 ist vom Abriss bedroht. Der Eigentümer will dort Luxusapartments bauen. Wir haben in der BVV einen Antrag durchgebracht, der das Bezirksamt auffordert, die Häuser mit ihren 106 Mietwohnungen zu erhalten.

Nach der Wahl: Zusammen mit der Mieterinitiative IG Habersaathstraße streben wir die Rekkommunalisierung der Häuser in der Habersaathstraße 40 bis 48 durch das Land Berlin an.

Anti-Rassismus und Feminismus: Der Wedding hat zwei neue Adressen: den Manga-Bell-Platz (ehemals Nachtigalplatz) und die Cornelius-Fredericks-Straße (ehem. Lüderitzstraße). Mit ihnen feiert Mitte den anti-kolonialen Widerstand. Endlich! Wir haben an der Seite vieler Initiativen und Privatpersonen dafür gekämpft. Im Integrationsausschuss haben wir uns gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für eine Verbesserung der Integrationskurse eingesetzt und leisten damit einen aktiven Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände geflüchteter Menschen.

Und in Moabit bleibt die Friedensstatue des Korea-Verbands für mindestens zwei weitere Jahre stehen. Auch dafür haben wir uns lange eingesetzt. Sie ist ein wichtiges Denkmal gegen Gewalt an Frauen.

Nach der Wahl: Wir kämpfen weiterhin an der Seite von Vereinen und Einrichtungen gegen Diskriminierung! Und mit einer Änderung der Geschäftsordnung wollen wir innerhalb der BVV den diversitätsgerechten Umgang stärken.

Wohnraum: Unzählige Wohnungen in Mitte stehen leer - oft aus Spekulationsgründen. Selbst wenn sie angezeigt werden, passiert selten etwas. Wir haben in der BVV gefordert, dass eine Liste der genehmigten Zweckentfremdungen durch Leerstand oder Ferienwohnungen erstellt und kontinuierlich aktualisiert wird. Die BVV hat unseren Antrag angenommen. Jetzt ist das Bezirksamt beauftragt, diese Liste umzusetzen.

Nach der Wahl: Wir bleiben dran am Thema ‚Wohnen‘. Wir wollen so viel Neubau wie möglich und werden uns dafür einsetzen, dass er dort geschieht, wo es sinnvoll ist. Nämlich am besten auf landeseigenen Flächen wie dem Molkenmarkt oder dem Zentralen Festplatz. Natürlich mit bezahlbaren Mieten. Und den Leerstand behalten wir genau im Auge.

Kultur: Einer der ungewöhnlichsten Theaterstandorte Berlins wurde gerettet: Das Monbijou-Theater. Das Bezirksamt gab unserem Druck nach und seinen Widerstand gegen Berlins bekanntes Volkstheater vorerst auf. Nun wollen wir, dass dieser Ort dauerhaft für Kunst und Kultur gesichert ist.

Nach der Wahl: Nach den Pandemieerfahrungen ist es wichtiger denn je, den Kulturbetrieb auch zur Sicherung der dortigen Arbeitsplätze auf jede Weise zu unterstützen. Kultur ist ein Muss!

Jacky Sanehy und Sven Diedrich,

Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV-Mitte



Karikatur: Klaus Stuttmann

PAUKENSCHLAG

Es ist ebenso amtlich wie unwiderruflich: Franziska Giffey scheidet aus dem Amt. Was für ein Paukenschlag kurz vor dem Wahlsonntag in Berlin! In der SPD-Zentrale herrschen Rat- und Fassungslosigkeit. Die Regierende selbst betont, von der Nachricht kalt erwischt worden zu sein. Schließlich habe sie sich nicht das Geringste zuschulden kommen lassen. Selbstlose und transparente Arbeit war ihr schon immer gleichermaßen Herzensbedürfnis wie Lippenbekenntnis. Die leitenden Gremien der politischen Parteien tagen in Permanenz. Presse, Rundfunk und Fernsehen berichten in Extrablättern und Sondersendungen. Server stürzen ab. Im diplomatischen Korps grassiert die Sorge vor bröckelnder politischer Stabilität. Brandenburg bildet Krisenstäbe.

Ja, wir alle müssen uns jetzt fragen: Ist das der Dank für die unermüdlige Landesmutter? Tag und Nacht war sie auf den Beinen - als 1. Spatenstecherin, Tunnelpatin, Lokführerin, Eröffnerin, Begrüßerin, Trösterin, Beglückwünscherin. Franziska Giffey weihte Bratwurstbuden und Bushaltestellen ein, sie testete Döner, versenkte Grundsteine und zerschnitt Bänder, bammelte Orden an, herzte und scherzte. Wer immer einen Weihnachtsmarkt, einen Einkaufstempel, einen Streichelzoo oder ein Fitnessstudio besuchte - Frau Giffey war schon da. Und wir, ihre Landeskinder, konnten alles genau verfolgen, schließlich entging den Medien keine einzige der unzähligen guten Taten. Und nun das Aus.

Als wäre das alles nicht schon schlimm genug, dann noch dies: Die Nachfolge soll ausgerechnet Bundesfinanzminister und FDP-Chef Christian Linder antreten. Ein Wumms, eine Zeitenwende.

Wir, liebe Berlinerinnen und Berliner, müssen das Unglaubliche zur Kenntnis nehmen: Franziska Giffey scheidet am 6. Februar als Oldenburger Grünkohlkönigin aus dem Amt. **Schorsch**

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204

E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht.

Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 27.12.2022
Ausgabetag für Nr. 02/2023 - 02.02.2023

DIE LINKE.
Bezirksverband Mitte

Wahlwiederholung in Berlin: Eine Chance für Deutsche Wohnen & Co. enteignen?

Die Wahl zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen soll nun am 12. Februar 2023 wiederholt werden. Nicht betroffen von der Wahlwiederholung ist der erfolgreiche Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Der Volksentscheid hatte mit über 1.035.000 Ja-Stimmen und einem amtlichen Ergebnis von 57,6% - das sind über 300.000 Stimmen Vorsprung - zu deutlich gewonnen, als dass er in Frage gestellt werden könnte. Dennoch ist eine Umsetzung nach wie vor unsicher, da der Volksentscheid nur bindend gewesen wäre, wenn es sich um einen Gesetzesvolksentscheid gehandelt hätte. Dazu hätte die Initiative ein konkretes Gesetz zur Vergesellschaftung zur Abstimmung bringen müssen. Da es sich bei der Vergesellschaftung um ein Unterfangen in Milliardenhöhe handelt, ist abzusehen, dass die zu enteignenden Unternehmen gegen ein Vergesellschaftungsgesetz in jedweder Form klagen werden.

Durch die Wahlwiederholung bietet sich nun die zumindest theoretische Chance auf neue Mehrheiten, die eine Umsetzung des Volksentscheids wahrscheinlicher machen. Die SPD, CDU und FDP sowie AfD lehnten den Volksentscheid ab, die Grünen sagten lediglich, dass er ein „Weckruf“ wäre, dessen „Ziele“ man unterstützen würde. Sie trauten sich nicht auf Grund der Popularität der Kampagne, sich gegen sie zu positionieren.

Einzig DIE LINKE setzte sich für Transparenz in der Kommission ein. Bereits auf ihrem Parteitag im April 2022 wurde einstimmig eine Vergesellschaftungs-Kampagne beschlossen, die den Volksentscheid weiter in der öffentlichen Debatte halten soll, damit der Plan der SPD, diese im Hinterzimmer zu begraben, nicht aufgeht. Auch auf die Energiekrise antwortet die Berliner LINKE mit weiteren Vergesellschaftungsforderungen.

Die anstehende Wahlwiederholung unterstützt sicherlich dabei, den Volksentscheid wieder zurück in die Wahrnehmung der Öffentlichkeit zu holen. DIE LINKE, als einzige parlamentarische Kraft, die hinter dem Volksentscheid steht, wird eine Umsetzung auch weiter forcieren und einfordern. Die Ergebnisse der Expertenkommission müssen einen Beitrag dazu leisten, dass ein rechtssicherer Entwurf als Grundlage für einen weiteren Anlauf erarbeitet werden kann, der die Grundlage für ein Gesetz und zur Not eines Gesetzesvolksentscheids sein kann.

Fabian Nehring



WAHLKREISBÜRO TOBIAS SCHULZE

Mitglied des
Abgeordnetenhauses



Tegeler Str. 39, 13353 Berlin - Wedding
Tel.: 030 - 547 13 449
Bus 142 Kiautschoustraße,
S- und U-Bhf. Wedding, U-Bhf. Amrumer Str.

Während der Öffnungszeiten
telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
10 - 16 Uhr

Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

bureau.schulze@linksfraktion.berlin
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero



Karikatur: Klaus Stuttmann